

Erfurt schafft Platz für Flüchtlinge: Sechs Unterkünfte, bis zu 900 Plätze

FA
25.08.18

Weitere Bauarbeiten werden vorbereitet. Stadt rechnet intern mit weiter stark steigenden Flüchtlingszahlen: Über 200 Neuzugänge pro Monat möglich

1 Unterkunft ehemaliger Baumarkt Linderbach

Auch wenn die Stadtverwaltung das Wort „Auffangstation“ vermeidet – genau das ist hier geplant. Derzeit laufen die letzten Verhandlungen mit dem Besitzer der Halle des ehemaligen „Globus-Baumarktes“ in Linderbach. Der soll zu einer Notunterkunft umgebaut werden und dann bis zu 300 Flüchtlingen vorübergehend eine Bleibe bieten. „Das wird keine kurzfristige Notlösung, wie sie ursprünglich für die Thüringenhalle angedacht war. Das Objekt wird mindestens mittelfristig genutzt“, so Hilge. Hier sollen die Flüchtlinge zentral aufgenommen werden, wenn sie aus den zentralen Auffanglagern nach Erfurt gebracht werden. Nach einigen Tagen oder Wochen werden sie dann über die Stadt verteilt.

2 Ehemaliges Familienübergangsheim am Langen Berg

In direkter Nachbarschaft des Wohnhauses von Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) ist eine Sammelunterkunft für unbegleitete Kinder und Jugendliche geplant. Diese werden derzeit noch auf verschiedene Kinderheime und Pflegefamilien in Thüringen verteilt, so Bausewein. In Zukunft sollen sie in der städtischen Immobilie untergebracht werden.

Derzeit läuft eine Ausschreibung, um einen geeigneten freien Träger zu finden, der sich um die Betreuung der Kinder, die sehr intensiv ist, kümmert. Parallel dazu blickt man gespannt zum Land. Wenn die entsprechenden Gesetze geändert werden, könnte Erfurt Erstaufnahmestation für unbegleitete Flüchtlingskinder werden.

3 Erfurter Landstraße 50 in Stotternheim

Hier soll ähnlich verfahren werden wie in der Windhorststraße. Um erst einmal schnell viele Menschen unterzubringen, sollen diese bei Bedarf eines der beiden unsanierten Häuser hinter der Landstraße beziehen. Wenn sich die Gelegenheit bietet, soll das Objekt dann wieder leergezogen und hergerichtet werden.

Ist dies geschehen, könnten hier, so rechnet Hilge vor, statt vorerst 100 bis zu 140 Flüchtlinge untergebracht werden. Allerdings soll nur eines der beiden nebeneinander liegenden Häuser umgebaut werden, obwohl der Eigentümer beide angeboten habe. „Wir versuchen nach wie vor, allzu große Gemeinschaftsunterkünfte zu vermeiden“, so Hilge weiter.

4 Altes Bau-Montage-Kombinat, Hegelmann-Straße

Die Arbeiten an einem der größten neuen Objekte laufen bereits auf Hochtouren und kommen gut voran, sagte Ordnungsdezernent Alexander Hilge gestern. Sind die Bauarbeiter fertig, werden hier Unterbringungsmöglichkeiten für bis zu 300 Flüchtlinge bestehen. Sie werden dann in zwei Häusern untergebracht, die schräg gegenüber der ehemaligen Umformtechnik liegen sollen. In einem Objekt dieser Größe ließen sich auch verschiedene Angebote von Sozialarbeitern realisieren, hatte Sozialbürgermeisterin Tamara Thierbach (Linke) unlängst versprochen. Dazu gebe es intensive Gespräche mit dem Besitzer, der das Haus komplett möbliert an die Stadt vermieten werde, hieß es damals weiter.

5 Ehemaliges „Arabella“ in der Bunsenstraße

Nur wenige hundert Meter vom ehemaligen BMK entsteht gerade eine Flüchtlingsunterkunft, die für bundesweite Schlagzeilen sorgte. Das ehemalige Bordell „Arabella“ wird derzeit so umgebaut, dass hier ab Mitte September bis zu 140 Flüchtlinge einquartiert werden können. Dann soll an die bisherige Nutzung nichts mehr erinnern, verspricht Alexander Hilge. Gerade würden die Außenanlagen umgestaltet, auch im Inneren des Hauses gebe es umfangreiche Arbeiten. Die Bürgerversammlung für die Anlieger soll gemeinsam mit den Betroffenen vom Umbau des BMK erfolgen. Der Termin – 8. September, 18 Uhr – ist schon klar, wo die Versammlung stattfinden soll, ist aber noch nicht entschieden.

6 Containerdorf direkt am Binderslebener Knie

Der Standort für das Containerdorf, in dem bis zu 150 Flüchtlinge untergebracht werden sollen, ist gefunden: Es soll direkt neben dem roten Klinkerbau des Garten- und Friedhofsamtes in Sichtweite des Bundesarbeitsgerichtes errichtet werden, so Ordnungsdezernent Alexander Hilge. Das wäre direkt am Eingang der Stadt, gut sichtbar vom Binderslebener Knie aus. „Wir werden den Auftrag für die Lieferung der Container höchstwahrscheinlich in der kommenden Woche vergeben“, so Hilge.

Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Container auch von außen wärmegeämmt werden. Dadurch sollen sie sich besser ins Stadtbild einfügen als andere Containersiedlungen in bundesdeutschen Großstädten.

Hier entstehen die neuen Flüchtlingsunterkünfte

Erfurt. Die Zahlen ändern sich so schnell, dass man fast den Überblick verlieren kann. Bis Juli ging man in Erfurt davon aus, dass pro Monat 100 Flüchtlinge zusätzlich in der Stadt untergebracht werden müssen. Dann hieß es, dass ab September 151 Flüchtlinge pro Monat kommen. Mittlerweile rechnet die Stadt intern mit mindestens 200. Tendenz weiter steigend.

Das bedeutet, dass das Konzept der „dezentralen Unterbringung“ von Asylbewerbern im eigentlichen Sinne nicht mehr umsetzbar ist. „Dezentral“ bedeutet nicht länger, dass kleine Einheiten über die Stadt verteilt werden. Sondern nur noch, dass die Sammelunterkünfte über das gesamte Stadtgebiet gestreut werden.

Gestern wurde im Rahmen eines Gesprächs mit dem Ordnungsdezernenten Alexander Hilge (SPD) darüber informiert, dass die Stadt in den kommenden Monaten insgesamt sechs Objekte so herrichten wird, dass hier bis zu 900 Plätze für die Unterbringung von Flüchtlingen entstehen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass nicht noch weitere Baumaßnahmen folgen könnten. Derzeit laufen die Vorbereitungen für den Umbau von zwei Mehrfamilienhäusern in der Rosengasse 5a und 5b. Hier sollen im kommenden Jahr – wann genau, ist noch nicht klar – weitere 120 Flüchtlinge untergebracht werden, so Hilge gestern.

Bestätigt wurden gestern folgende sechs Objekte. In allen Fällen sollen laut Hilge in den kommenden Wochen Einwohnerversammlungen stattfinden.



Insgesamt sechs neue – zum Teil sehr große – Flüchtlingsunterkünfte werden in den kommenden Monaten in Erfurt entstehen.



Bausewein: „Land lässt die Kommunen im Stich“

TA
25.08.2015

Die Kosten für die Bewachung und Absicherung von Flüchtlingsunterkünften trägt Erfurt nahezu allein. Mangel an speziell qualifizierten Lehr-

VON SEBASTIAN TAUCHNITZ

Erfurt. Oberbürgermeister Andreas Bausewein, der auch noch SPD-Landesvorsitzender ist, geht mit der Landesregierung hart ins Gericht. Befragt nach zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen, um Zustände wie im sächsischen Heidenau zu verhindern, meinte er, dass die Unterkünfte in Erfurt gut bewacht würden.

Die Kosten dafür würde allerdings zum überwältigenden Teil die Stadt tragen. „Das Land zieht sich da aus der Verantwortung und lässt die Kommunen im Stich“, so Bausewein. Erfurt zahle allein in diesem Jahr rund 600 000 Euro für die Bewachung der Flüchtlingsheime.

Ähnlich sehe die Lage auch an den Schulen aus. Es gebe eine Schulpflicht für die Asylbewerberkinder, so Bausewein. „Das

ist auch wichtig und richtig so“, fügte er hinzu.

Allerdings brauche es dafür auch entsprechend geschulte Lehrer. Denn die Kinder, die nach der anstrengenden Flucht nach Deutschland kommen, sprechen im Regelfall kein Deutsch. Dazu komme, dass der Ausbildungs- und Erziehungsstand sehr unterschiedlich sei. „Insbesondere bei den Flüchtlingen aus dem arabischen Raum sind die Kinder sehr gut erzogen, wissbegierig und motiviert, haben gute Fremdsprachenkenntnisse“, so Bausewein.

Bei anderen Kindern müsse man bei den absoluten Grundlagen anfangen: „Das sind zum Teil Analphabeten, denen wir Kenntnisse im Zähneputzen vermitteln müssen.“

Für die bestehenden Schulen und Lehrkörper sei das größtenteils nicht leistbar. Daher müsse

man speziell geschulte Lehrer einstellen. „Das Land hat 50 derartige Stellen geschaffen – für 23 Landkreise und kreisfreie Städte“, erzürnte sich Bausewein.

Bund soll Kosten komplett übernehmen

Im Gespräch mit unserer Zeitung unterstützte er die Forderung des SPD-Bundesvorsitzenden Siegmund Gabriel. Der hatte die Bundeskanzlerin gestern öffentlichkeitswirksam dazu aufgefordert, dass der Bund die Unterbringungskosten für die Flüchtlinge komplett übernehmen solle.

„Der ist Vizekanzler. Nun ist es an ihm, dies auch umzusetzen“, so Bausewein. Er verwies auf die angespannte Finanzlage der Stadt Erfurt – bereits vor Ge-

nehmigung des Haushaltes für dieses Jahr hatte sich hier ein neues Millionenloch aufgetan.

„Der Bundesfinanzminister Schäuble freut sich darüber, dass er nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt hat, sondern erstmals ein Plus von knapp fünf Milliarden Euro erwirtschaftet“, so der Oberbürgermeister. „Da muss er von diesen Milliarden etwas abzweigen, um die Flüchtlinge in Deutschland ordentlich unterzubringen.“

Noch schaffe es die Stadt – unter erheblichen Mühen – die immer größere Zahl an Flüchtlingen vernünftig unterzubringen. Doch irgendwann komme man nicht mehr hinterher: „Wenn die Prognose des Bundesinnenministers Thomas de Maizière (CDU) stimmt, dann ist in den kommenden Monaten noch einmal mit deutlich mehr Flüchtlingen zu rechnen.“



Erfurts Oberbürgermeister Andres Bausewein (SPD) fordert Hilfe von Land und Bund. Foto: Holger John